

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 22.11.2022

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: CDU/FDP-Fraktion
Telefon: (03 85) 5 45 29 52

**Antrag
Drucksache Nr.**

00670/2022

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Überwachung auf dem Marienplatz fortführen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung spricht sich für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden vertraglichen Regelungen für die Umsetzung einzugehen.

Begründung

Die Stadtvertretung hatte 30.01.2017 folgendes beschlossen: „Die Stadtvertretung hält den überwiegend landesfinanzierten Einsatz technischer Mittel zur Bildüberwachung sowie zur Bild- und Tonaufzeichnung (Videoüberwachung und -aufzeichnung) auf dem Marienplatz durch die Polizei im Rahmen einer Testphase für notwendig. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, entsprechende vertragliche Regelungen für die Umsetzung der Videoüberwachung einzugehen.“

Sowohl die Zwischenberichte des Oberbürgermeisters als auch die Statistiken der Strafverfolgungsbehörden seit der Einführung in 2018 zeigen deutlich, dass die Überwachung des innerstädtischen Verkehrsknotenpunktes aber auch die Auswertung des Videomaterials wichtige Werkzeuge zur Kriminalitätsbekämpfung und –prävention in Schwerin darstellen. Außerdem wird diese Maßnahme von den Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren akzeptiert. Ein Auslaufen der Überwachung am 31.03.2023 bringt keinerlei Vorteile.

Um Zustimmung wird gebeten.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Gert Rudolf
Fraktionsvorsitzender